

Antrag Nr. 21-F-72-0002

SPD + Grüne + Volt

Betreff:

Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes für Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 30.06.2021 -

Antragstext:

Bund, Länder und Kommunen müssen im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes ihre Verwaltungsleistungen auch online anbieten. Festgelegt und in Umsetzung zu bringen bis Ende 2022 sind insgesamt 575 OZG-Leistungsbündel.
(<https://informationsplattform.ozg-umsetzung.de/iNG/app/intro>)

Im Zentrum dieses Projektes steht eine deutlich schnellere, effizientere und nutzerfreundlichere Interaktion zwischen Bürger*innen und Unternehmen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in jeder zweiten Sitzung des Ausschusses, beginnend im September 2021, über den Stand der Umsetzung des OZG in der Wiesbadener Stadtverwaltung zu berichten.

Dabei sollen unter anderem folgende Fragen behandelt werden:

- Welche OZG-Leistungen sind in den einzelnen Dezernaten bereits voll digital verfügbar? Um welche Leistungen handelt es sich dabei?
- Welche OZG-Leistungen werden prioritär bearbeitet?
- Mit welchen Kooperationspartnern und Dienstleistern wird bei der OZG-Umsetzung zusammengearbeitet und was sind nach Einschätzung des Magistrats die größten Herausforderungen bei der OZG Umsetzung?
- Bei welchen OZG-Leistungen wird eine Umsetzung bis Ende 2022 bereits jetzt als schwierig erachtet und wie könnte eine Lösung dieser Problematik zeitnah herbeigeführt werden?

Wiesbaden, 30.06.2021

Aman Yoseph
Fachsprecher
(SPD-Fraktion)

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin
(SPD-Fraktion)

Prof. Dr. Johannes Luderschmidt
Sprecher für Digitalpolitik
(Bündnis 90/Die Grünen)

Linda Marschall
Fraktionsreferentin
(Bündnis 90/Die Grünen)

Maria Vinha
Fachsprecherin
(Volt-Fraktion)

Sascha Kolhey
Fraktionsgeschäftsführer
(Volt-Fraktion)